



Medienmitteilung

Zürich, 31. März 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 3. April 2023 Fokusthemen: **Gesundheit und Sicherheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagvormittag nach der Schlussabstimmung über das Gesetz über das Universitätsspital und einer Fristerstreckung die Spitalräte der vier kantonalen Spitäler wählen. Nach der Abschreibung eines Postulats steht bis zum Mittag die Behandlung von Vorstössen an, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Die Nachmittagsitzung beginnt mit der Behandlung des Gewaltschutzgesetzes. Anschliessend sind ein paar Vorstösse traktandiert, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit bleiben, wird der Rat noch über die vorläufige Unterstützung von ein paar PI entscheiden.

Schlussabstimmung zur Organisation am Universitätsspital

Das Gesetz über das Universitätsspital Zürich betreffend Organisation soll geändert werden. Fast drei Jahre, nachdem das Universitätsspital wegen Missständen in die Kritik geraten war, hat das Parlament in erster Lesung zahlreiche Veränderungen beschlossen. Ein wichtiger Punkt ist, dass das Volk bei Auslagerungen mitreden kann. Auslagerungen im Umfang von über 4 Millionen Franken sollen dem fakultativen Referendum unterstellt werden. In der zweiten Lesung geht es normalerweise nur noch um unumstrittene formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Gesetzesänderung beschlossen wird ([5836](#)). In diesem Fall ist allerdings nach der ersten Lesung ein Antrag von FDP, GLP und EVP eingegangen, die Vorlage sei zur Überarbeitung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zurückzuweisen. Über diesen Rückweisungsantrag wird der Rat vorab diskutieren und abstimmen.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 079 488 28 55

Fristerstreckung für Bericht zu Palliative Care soll genehmigt werden

Diskussionslos dürfte eine Fristerstreckung zu einem von SVP-Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt eingereichten Postulat genehmigt werden, wie dies von der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt wird ([KR-Nr. 41/2021](#)). Mit dem Postulat ist der Regierungsrat aufgefordert worden, in einem Bericht darzulegen, inwiefern er eine im Dezember 2020 vom Ständerat überwiesene Motion «Für eine angemessene Finanzierung der Palliative-Care» umgesetzt hat und wo er noch Handlungsbedarf sieht. Die Arbeiten auf Bundesebene zur Umsetzung der Motion sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Ausserdem überarbeitet die Gesundheitsdirektion derzeit das bestehende Palliative-Care-Konzept. Allfällige kantonale Anpassungen können erst umgesetzt werden, wenn die nationalen Bestimmungen bekannt sind.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Unumstrittene Erneuerungswahlen der Spitalräte der vier kantonalen Spitäler

Rasch behandelt werden dürften die Erneuerungswahlen der Spitalräte für die Amtsdauer vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027 des Universitätsspitals Zürich ([5878](#)), des Kantonsspitals Winterthur ([5879](#)), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich ([5880](#)) sowie der Integrierten

Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland ([5881](#)). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Wahlen zu genehmigen.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Zeitgemässe Spital- und Pflegefinanzierung

Keine lange Debatte dürfte die Abschreibung eines Postulats von Astrid Furrer (FDP) betreffend «Zeitgemässe Spital- und Pflegefinanzierung» auslösen ([5849](#)). Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, ob das aktuelle Modell der stationären und ambulanten Pflegefinanzierung noch zeitgemäss ist, welches Verbesserungspotenzial er sieht und wie eine allfällige Lücke geschlossen werden kann.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Vorstösse zu Palliativpflege, Gesundheitsförderung und Umpolungstherapien

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat bis zur Mittagspause versuchen, möglichst viele der traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Brigitte Rösli will mit einer von GLP, Grünen und EVP unterstützten Motion, dass dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten sei mit dem Ziel, in allen Alters- und Pflegeheimen des Kantons eine zeitgemässe, umfassende Palliativpflege sicherzustellen ([KR-Nr. 451/2020](#)). Grünen-Kantonsrat Benjamin Walder möchte mit Unterstützung von SP, FDP und Mitte den Regierungsrat beauftragen, in einem Konzept darzulegen, wie der Kanton Zürich sowohl die Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung verbessern als auch die Gesundheitsförderung und Prävention vermehrt fördern kann ([KR-Nr. 110/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. Zur Ablehnung beantragt hat die Regierung indes eine Motion von Grünen-Kantonsrat Florian Heer, mit der dieser, unterstützt von SP, GLP, Mitte und AL, den Regierungsrat auffordern will, die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot von Konversionstherapien auf Kantonsgebiet zu schaffen ([KR-Nr. 183/2021](#)).

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Beratungsstelle für Minderjährige bei häuslicher Gewalt

Die Nachmittagssitzung beginnt mit einer Debatte über das Gewaltschutzgesetz. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen eine Änderung des Gesetzes, um von häuslicher Gewalt betroffene Kinder besser zu unterstützen ([5874](#)). Heute mangelt es an einer gesetzlichen Grundlage, die es der Polizei erlaubt, bei Kindern, welche die Gewalt in der Beziehung ihrer Eltern miterleben, die Schutzverfügungen an eine spezialisierte Beratungsstelle zu übermitteln. Die Mehrheit der KJS ist überzeugt, es sei essenziell, dass auch indirekt betroffene Minderjährige vom Angebot von spezialisierten Beratungsstellen profitieren und unterstützt werden können. Eine Minderheit (SVP) lehnt die Vorlage ab. Ihrer Ansicht nach sind die heutigen Angebote ausreichend. Es bestünde daher kein Handlungsbedarf.

KJS-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Minderheit: Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), 079 508 76 40

Vorstösse zu verschiedenen Sicherheitsthemen

Im Verlauf des Nachmittags wird sich der Kantonsrat vor allem Vorstössen widmen, welche die Sicherheitsdirektion betreffen. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrätin Leandra Columberg, unterstützt von Grünen und AL, dem Regierungsrat verschiedene Fragen zur Situation von abgewiesenen Flüchtlingen in den Rückkehrzentren des Kantons Zürich gestellt ([KR-Nr. 197/2022](#)). Mit der am Montag traktandierten Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois verlangt mit einer Motion, dass Personen, die freiwillig Teilzeit arbeiten, staatliche Unterstützungsleistungen aller Art nur in dem Umfang erhalten, wie sie sie bei einer Ausschöpfung der Erwerbstätigkeit erhalten würden ([KR-Nr. 230/2022](#)). Und SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig bittet den Regierungsrat mit einem Postulat, mit den Gemeinden im Kanton Zürich zeitnah einen runden Tisch durchzuführen und Massnahmen aufzuzeigen, wie Menschen, die von den gestiegenen Energiepreisen besonders betroffen sind, von den Gemeinden unterstützt werden können ([KR-Nr. 365/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Postulate abzulehnen. AL-Kantonsrätin Melanie Berner hat dem Regierungsrat mit einer Interpellation, die von den Grünen unterstützt wird, verschiedene Fragen in Zusammenhang mit der Betreuungssituation im MNA-Zentrum Lilienberg gestellt ([KR-Nr. 394/2022](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66 (in Vertretung von Melanie Berner)

Parlamentarische Initiativen zu Jugendparlament und Steuerermässigungen

Sollte der Rat vor Ende der Sitzung dazu kommen, wird er ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SVP-Kantonsrat René Isler, dass eine Alters-Obergrenze für das kantonale Jugendparlament von 18 Jahren eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)). Die PI wird gemeinsam mit jener von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz behandelt, welche mit Unterstützung der EVP eine Erhöhung der Alters-Obergrenze von 21 auf 25 Jahre fordert ([KR-Nr. 393/2022](#)). Und CSP-Kantonsrat Beat Bloch verlangt mit einer PI, die von den Grünen und der AL unterstützt wird, eine Änderung des Steuergesetzes, damit Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die über wenig Vermögen verfügen, bei Kaufkraftverlust Ermässigungen auf den errechneten Steuerbetrag erhalten ([KR-Nr. 392/2022](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71

Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch